

Alexander Brand & Wolfgang Muno

Klima versus Öl Das Ausbleiben der Klima- und Energiewende im Ölstaat Venezuela*

Keywords: climate change, (neo-)extractivism, Venezuela, fossilism, buen vivir

Schlüsselwörter: Klimawandel, (Neo-)Extraktivismus, Venezuela, Fossilismus, buen vivir

Die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in New York im September 2014 sowie die anstehende Konferenz in Paris im Dezember 2015 haben Klimawandel und Klimapolitik wieder ganz nach oben auf die politische Agenda gesetzt. Dabei stehen sich in der politischen Diskussion zunehmend polarisierte Positionen gegenüber. Auf der einen Seite des Spektrums stehen Skeptikerinnen, die Klimawandel und den menschlichen Einfluss auf Klima leugnen bzw. nicht glauben (wollen). Exemplarisch sei hier auf die Tea-Party-Bewegung in den USA verwiesen. Während 2007 noch 71 Prozent der US-Amerikanerinnen glaubten, dass der Verbrauch von fossilen Ressourcen zum Klimawandel beiträgt, waren 2011 nur noch 44 Prozent der befragten Bevölkerung davon überzeugt (Klein 2014: 35). Auf der anderen Seite des Spektrums stehen linke und ökologische Kritikerinnen des Kapitalismus, die im Klimawandel ein Symptom bzw. Syndrom des Kapitalismus sehen. Exemplarisch kann hier Naomi Klein, die bekannte Globalisierungskritikerin, angeführt werden, die den Zusammenhang in ihrem jüngsten Buch *This Changes Everything: Capitalism vs. The Climate* ausführlich behandelt (vgl. Klein 2014).

Diese linke Kritik scheint in einem interessanten Widerspruch zu latein-amerikanischen Entwicklungen zu stehen. Progressive, linke Regierungen wie in Venezuela, Bolivien und Ecuador kritisieren einerseits fundamental Kapitalismus und Globalisierung und propagieren einen „Sozialismus des

* Wir danken zwei anonymen Gutachtern sowie der *PERIPHERIE*-Redaktion für wertvolle Hinweise. Im vorliegenden Beitrag verwenden wir durchgehend weibliche Formen, wenn keine eindeutige Zuordnung vorliegt, sondern beide Geschlechter gemeint sind.

21. Jahrhunderts“ als Alternative, andererseits verfolgen sie eine Ressourcenpolitik, die auf der massiven Extraktion insbesondere der fossilen Rohstoffe beruht. Diese Politik hat unter dem Schlagwort „Neo-Extraktivismus“ Eingang in die entwicklungspolitische Diskussion gefunden (vgl. den Überblick von Brand & Dietz 2014). Ein solcher Extraktivismus ist zunächst keine neue Erfahrung für Lateinamerika, Eduardo Galeano hat in seinem 1971 erschienenen Klassiker *Las venas abiertas de América Latina* (dt.: *Die offenen Adern Lateinamerikas*, 2009) die jahrhundertelange Tradition der Rohstoffextraktion eindrucksvoll dokumentiert (Galeano 2009; ähnlich auch Lander 2012). Andererseits weist die jüngere (südamerikanische wie globale) Diskussion um solcherart „Entwicklungs-Extraktivismus“ interessante Berührungspunkte mit der Debatte um „gutes Leben“ (*buen vivir*) auf. Zwar liegt auch im bolivianischen und ecuadorianischen Kontext dieser Widerspruch vor, und damit in ebenso ressourcenreichen Staaten, die auch von linken Regierungen geführt werden; hier scheinen aber alternative Diskurse zumindest in der Zivilgesellschaft eine größere Rolle zu spielen (Lander 2012). Die Suche nach „post-extraktivistischen“ Entwicklungsmodellen ist eng verknüpft mit einem höheren Stellenwert, welcher der Natur, der Umwelt und mittelbar auch dem Klimaschutz gesellschaftlich zugemessen werden soll. In Venezuela spielen Natur- und Umweltschutzaspekte zwar im öffentlichen Diskurs und in Gesetzestexten eine Rolle, wie nicht zuletzt eine Analyse maßgeblicher Texte (Verfassung, Nationaler Entwicklungsplan von 2012/3) zeigt, sind realiter aber doch marginalisiert.

Im vorliegenden Beitrag diskutieren wir den Konflikt zwischen sozio-ökonomischen Entwicklungsmodellen, die auf der Ausbeutung fossiler Ressourcen, deren Konsumption und deren Export basieren und den Bemühungen um Umwelt- und Klimaschutz, welche die Orientierung an einem „guten Leben“ mit umfasst, anhand des Falles Venezuela und mit Bezug auf die Diskussion in Ecuador und Bolivien. Zunächst fassen wir die derzeitigen Konturen des venezolanischen „Neo-Extraktivismus“ sowie die ihm unterliegenden Kalküle und polit-ökonomischen Dynamiken zusammen. Am Beispiel der jüngst in Angriff genommenen Ausbeutung der Ölsande im Orinoco-Gebiet lässt sich darüber hinaus auch die Verquickung von Ressourcen- und Klimapolitik aufzeigen. Danach stellen wir heraus, dass die venezolanische Politik nicht nur maßgeblich an Förderung und Export von Erdöl gebunden ist, sondern sich überdies primär auf die gesellschaftliche Wohlfahrt breiter Bevölkerungsschichten bezieht. Damit unterscheidet sich das neo-extraktivistische Regime in Venezuela maßgeblich von den Diskussionen und per Verfassung bzw. Gesetzen verankerten Vorstellungen von

buen vivir in Ecuador und Bolivien, die wesentlich stärker auf „Natur“ und deren Erhalt gerichtet sind.

Abschließend wird diskutiert, inwieweit man sowohl in internationalen Verhandlungskontexten als auch innergesellschaftlich von einer „Klimapolitik Venezuelas“ sprechen kann. Sporadische Investitionen in alternative Energien sowie lokal aufflackernde Befürchtungen, bereits Opfer des Klimawandels zu sein, stehen dabei einer breiten Zustimmung zum fossilistischen Entwicklungsmodell Venezuelas gegenüber. Gerahmt wird dies durch die mantra-artig vorgetragene Einschätzung, der Klimawandel sei Folge *kapitalistischer* Entwicklung und damit zunächst von den reichen Industriestaaten des Nordens zu verantworten bzw. in seinen Folgen zu bearbeiten. Hinzu tritt das Schweigen Venezuelas zu südamerikanischen Initiativen, Erdölförderung und Klimaschutz im Süden stärker zu verzahnen, etwa durch eine Steuer auf Erdölexporte in Industrieländer (*Daly-Correa-Tax*). Die historisch-empirische Analyse des Fallbeispiels Venezuela zeigt einerseits die diskursive Hegemonie des fossilistischen Entwicklungsmodells in dem Land, offenbart aber auch die materiell-strukturellen Zwänge, aufgrund derer auch eine kapitalismuskritische Regierung das Entwicklungsmodell beibehält, in der aktuellen Situation vielleicht beibehalten muss.

Neo-Extraktivismus im Ölstaat Venezuela

Das Konzept „Neo-Extraktivismus“, also die spezifische Verkopplung von Ressourcenausbeutung und staatlicherseits definiertem Entwicklungspfad, entstand aus der Diskussion der ökonomischen Strategien der linken Regierungen in Lateinamerika durch kritische Beobachter, etwa Eduardo Gudynas, Maristella Svampa oder Alberto Acosta.¹ Acosta, selbst zeitweilig Minister für Energie und Bergbau unter Präsident Correa in Ecuador, kritisierte schließlich dessen Kurs und verließ die Regierung. In der entwicklungstheoretischen Diskussion, insbesondere in der deutschen Linken und im Post-Development-Diskurs, fand dieses Konzept eine offene Aufnahme.²

In Venezuela gewinnt der Neo-Extraktivismus seine besondere klimapolitische Brisanz dadurch, dass er dort primär um die Förderung, die Konsumption und den Export von fossilen Brennstoffen (Erdöl, in weitaus geringerem Maße auch Erdgas) herum gruppiert ist. Was aber sind die Charakteristika des Neo-Extraktivismus in Venezuela? Was grenzt die heutige Erscheinungsform der Rohstoffausbeutung und Erdölproduktion von früheren Phasen

1 vgl. etwa Acosta 2011, Gudynas 2012 und 2013, Svampa 2011; 2012a; 2012b; 2013.

2 vgl. den Überblick bei Brand & Dietz 2014 sowie etwa Altvater 2013; Burchardt & Dietz 2013; Schmalz 2013; Dietz 2013.

ab und inwiefern erschwert der „neue“ Extraktivismus eine klimapolitisch aktivere Rolle Venezuelas? Ein kurzer Blick in die Geschichte des Ölstaates Venezuela ist vonnöten, um dies zu veranschaulichen.³

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurden große Erdölvorkommen in Venezuela entdeckt, die die venezolanische Regierung gegen Konzessionsgebühren von der englisch-niederländischen *Royal Dutch/Shell*, später von der US-amerikanischen *Standard Oil* fördern ließ. 1920 betrug die Erdölförderung eine Mio. Barrel pro Jahr, 15 Jahre später 150 Mio. Barrel. Schon 1925 rangierte das Erdöl an der Spitze der Exporterlöse, Venezuela war zu dieser Zeit nach den USA zum zweitgrößten Erdölproduzenten der Welt geworden. Mitte des 20. Jahrhunderts hatte der damalige Präsident Medina Angarita den Zweiten Weltkrieg dazu benutzt, die venezolanische Steuerhoheit gegenüber den ausländischen Ölunternehmen durchzusetzen, was zu höheren Staatseinnahmen führte. Mit Hilfe dieser Einnahmen sollte eine umfassende wirtschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt werden, „das Öl aussäen“ („*Sembrar el petróleo*“, nach einem Artikel des Schriftstellers, Politikers und Journalisten Arturo Usler Pietri aus dem Jahr 1936, der zum Motto venezolanischer Regierungen wurde, vgl. Betancourt 2007) wurde zur dominierenden Entwicklungsdoktrin. Gesellschaftlich bildete sich allerdings ein System heraus, das der venezolanische Politologe Juan Carlos Rey als „*sistema populista de conciliación*“, als populistisches System des Ausgleichs (Rey 1989) beschrieb. Die Regierungen verteilten in populistischer Manier Wohltätigkeiten an alle Gruppen der Gesellschaft: es gab Nahrungsmittelsubventionen für die Bevölkerung, protektionistische Zölle und Subventionen für Unternehmer, Unterstützungen für Bauern, High-Tech-Waffen für die Militärs usw. Die Ölrente und die etatistisch-desarrollistische Wirtschaftsstrategie führten zur Herausbildung einer umfassenden staatlichen Bürokratie, eines bürokratischen Entwicklungsstaates, eines *Estado omnipotente* (Boeckh 1988). Die Erdölpreisexplosion im Zuge der Ölkrise 1973 löste in Venezuela eine Boomphase aus, in deren Verlauf der Staat seinen Einfluss auf die Wirtschaft weiter ausdehnte. 1976 wurde das venezolanische Erdöl durch den Präsidenten Carlos Andrés Pérez verstaatlicht, ausländische Gesellschaften entschädigt und die staatliche Erdölgesellschaft PdVSA (*Petróleos de Venezuela Sociedad Anonima*) gegründet.

Letztlich flossen die Gelder aber zunehmend in den Luxuskonsum einer kleinen Elite und als langfristige Geldanlagen ins Ausland ab, während die Entwicklungsprojekte durch die Aufnahme günstiger, kurzfristiger öffentlicher Kredite finanziert wurden. Allerdings erwiesen sich die Ölpreise als sehr volatil. Sinkende Einnahmen, grassierende Verschuldung und externe

3 Die folgenden historischen Darstellungen beruhen auf: Muno 2005.

Hochzinspolitik führten eingangs der 1980er Jahre auch in Venezuela zu einer Schuldenkrise. Hinzu kam eine exorbitante Kapitalflucht (die venezolanischen Privatguthaben im Ausland beliefen sich 1984 auf ca. 30 Mrd. US\$), weshalb sich die Regierung gezwungen sah, am 18. Februar 1983, dem „schwarzen Freitag“ Venezuelas, den Bolívar um 300 % abzuwerten. Die Versuche, das Erdöl zu „säen“, d.h. mit Hilfe der Ölfrente Wohlstand und eine Diversifizierung der Wirtschaft zu erreichen, waren gescheitert. Die Ökonomie blieb hochgradig abhängig vom Öl. Bis Mitte der achtziger Jahre erwirtschafteten die Erdöleinnahmen 90 bis 95 % der Exporterlöse und 60 bis 80 % der Haushaltseinnahmen der Regierung.

1988 lag das Pro-Kopf-Einkommen real um fast 10 % unter demjenigen von 1970, über 50 % der Venezolanerinnen lebten Ende der achtziger Jahre in Armut. Gemessen an sozialen Indikatoren wie Kindersterblichkeit, Analphabetismus und Einschulungsraten bot Venezuela im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Ländern, die nicht über die Öleinnahmen verfügen konnten, ein ernüchterndes Bild. Die Präsidenten Carlos Andrés Pérez (1989-1993) und Rafael Caldera (1993-1998), beide aus der alten Garde venezolanischer Politiker, versuchten vergeblich, der Krise Herr zu werden.

Die Quittung kam mit den Wahlen vom Dezember 1998. Hugo Chávez, Anführer eines gescheiterten Putsches 1992, konnte mit seiner Bewegung *Movimiento Quinta Republica* (MVR) die Stimmung gegen das politische Establishment ausnutzen und erreichte bei den Präsidentschaftswahlen mit 56 % die absolute Mehrheit. Zunächst begann Hugo Chávez sozialpolitisch eher verhalten. Zentrales Anliegen waren politische Reformen, die durch eine neue Verfassung erreicht werden sollten, sowie der Kampf gegen Korruption, Patronage, Nepotismus und die schwere sozioökonomische Krise, die mittlerweile circa 80 % der Bevölkerung in die Armut gestürzt hatte. In den kommenden Jahren versuchte Chávez, sein „bolivarisches Projekt“ (von ihm zunehmend als „sozialistisch“ bezeichnet) auszubauen, stieß dabei aber auch auf Widerstand. Ein Putschversuch im Jahr 2002 und Generalstreiks 2003 waren nur die Spitze des Eisbergs. Chávez entließ das zu selbstständig agierende Management der PdVSA und erhielt so die direkte Kontrolle über die wichtigste Einnahmequelle des venezolanischen Staates. Die Opposition reagierte mit dem in der neuen Verfassung vorgesehenen Instrument eines Referendums über die Abwahl des Präsidenten. Angesichts schlechter Umfragewerte begann Chávez ab dem Jahr 2003 mit einer Fülle sozialpolitischer Offensiven, in deren Zentrum die sogenannten Missionen standen (Burchardt 2008: 31-36). Die Missionen (*misiones*), Initiativen, die ohne großen Bürokratisierungsgrad direkt die Betroffenen erreichen sollen, haben „extra-institutionellen Charakter“ (ebd.: 45), der sich auch aus der

direkten Konzeption und Umsetzung durch das Präsidialamt ergibt; das Parlament, zum Teil sogar Ministerien werden übergangen. Auch die Finanzierung läuft nicht über das staatliche Budget, sondern über Sondertöpfe, etwa spezielle Fonds der PdVSA, und entzieht sich somit öffentlicher Kontrolle. Auf der Webseite der venezolanischen Regierung werden 28 Missionen aufgelistet; die wichtigsten sind im Bereich der Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung angesiedelt. Mit Hilfe der Missionen, die zunehmend sozialpolitische Wirkung zeigten, überstand Hugo Chávez das Abwahlreferendum und wurde 2006 souverän mit absoluter Mehrheit wiedergewählt.

Mit der Mehrheit der ärmeren Bevölkerung im Rücken sowie steigenden Erdöleinnahmen konsolidierte er seine Macht, verstaatlichte Telekommunikationsunternehmen, Zementwerke und Reisfabriken, förderte die Agrarreform und baute die Sozialpolitik weiter aus. Außenpolitisch intensivierte Venezuela die Zusammenarbeit mit anderen linken Regierungen wie Kuba und Bolivien und startete verschiedene Initiativen zur regionalen Kooperation (Clem & Maingot 2011; Muno i.E.). Mehrmals gewann Chávez Wahlen auf allen Ebenen, kommunal wie national, bis er 2012 an Krebs starb. Sein Nachfolger wurde Nicolás Maduro, ehemaliger Außenminister und Vizepräsident, treuer Gefolgsmann von Chávez, der den chavistischen Kurs eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ fortsetzt.

Auch wenn die Förderung und der Export von Erdöl mithin seit etwa hundert Jahren zentral für die Wirtschaft Venezuelas sind, lässt sich auch hier das Vorhandensein eines „neuen Extraktivismus“ konstatieren. Zwar war Ressourcenextraktion in der Vergangenheit im Fall Venezuelas nicht ausschließlich mit „Armut und ökonomischer Marginalisierung“ verbunden, wie Gudynas das für den „alten Extraktivismus“ unterstellt (Gudynas 2011b: 117). Allerdings ist die Erdölförderung in Venezuela zu einer unverzichtbaren Finanzquelle für die Sozialpolitik geworden. Die Kontinuität des Entwicklungsmodells wird nicht zuletzt durch den von Hugo Chávez 2005 initiierten „Plan Siembra Petrolera“ der PdVSA deutlich. Auch im nationalen Entwicklungsplan von 2007 (*Proyecto Nacional Económico y Social Simón Bolívar*) wird dies noch einmal deutlich formuliert:

„Öl wird weiterhin entscheidend sein, um finanzielle Ressourcen aus dem Ausland zu bekommen, um produktive Investitionen zu tätigen, um die eigenen Energiebedürfnisse zu befriedigen und das sozialistische Produktionsmodell zu konsolidieren“ (Presidencia de la República Bolivariana de Venezuela 2007, eigene Übersetzung).

Die innige Verquickung von Erdöl und Sozialpolitik wird dabei nirgends sichtbarer als anhand der *misiones* in den Bereichen Gesundheitsvorsorge,

Ausbildung und Wohnungsbau, die aus den Einnahmen der staatlichen Erdölgesellschaft PdVSA bezahlt werden. Die Ausgaben hierfür beliefen sich etwa 2006 auf immerhin 7,3 % des Bruttoinlandsproduktes (Hammond 2011: 366-368). Auch die Kooperationsprogramme zwischen Venezuela und Kuba, die den Austausch von Erdöl für zumeist in Armenvierteln tätiges medizinisches Personal betreffen (Stefanoni 2012: 25f), verdeutlichen den nicht allein makroökonomisch vermittelten Zusammenhang. Dies gilt auch für weitere „Missionen“ in den Bereichen Alphabetisierung, Fortbildung, Siedlungsbau und Lebensmittelversorgung. In vielen Fällen tritt die PdVSA nicht allein als indirekter Finanzier auf, sondern unterhält die Projekte direkt bzw. bietet eigene Räumlichkeiten für Schulungen und administrative Zwecke an. Diese Politik führte unzweifelhaft zu sozialpolitischen Erfolgen (s. Muno 2012). Andererseits betonen Kritiker insbesondere Klientelismus und mangelnde soziale Nachhaltigkeit als Problem chavistischer Sozialpolitik (vgl. etwa Kestler 2012).⁴ Im Kern ist es die spezifische Form der Aneignung der Natur und der Verquickung von Extraktivismus und Umverteilung, die das zugrundeliegende Entwicklungsmodell auf eine breite Akzeptanzbasis stellt und gesellschaftlich legitimiert.

Das zweite gängige Definitionsmerkmal des „Neo-Extraktivismus“ – die zentrale Rolle des Staates nicht allein als Mittler für die Ressourcenausbeutung durch transnationale Konzerne, sondern als primärer Akteur qua Nationalisierung (Gudynas 2011c: 71f) – gilt für den Fall Venezuela nur mit Einschränkungen. Wie erwähnt, wurden bereits 1976 die Ölvorkommen nationalisiert, historisch betrachtet aber schwankte die Stärke des Staates im Erdölsektor. Einerseits war die PdVSA zeitweise sehr unabhängig und konnte quasi als „Staat im Staate“ arbeiten, andererseits waren immer auch internationale Konzerne im Land aktiv. Allerdings hat die Regierung Chavez mit dem 2001 beschlossenen Energiegesetz und nachfolgenden Verordnungen (u.a. 2007) den Grad der staatlichen Kontrolle sukzessive erhöht (Pascal 2009; Mähler u.a. 2011: 3) und private Investoren zunehmend verdrängt. Nach wie vor gilt, dass die Erdölproduktion mithilfe von Joint Ventures maximal eine Minderheitsbeteiligung ausländischer Unternehmen zulässt, während die PdVSA mindestens zu 60 % beteiligt sein muss (für Raffinerien gelten lockerere Regeln für ausländische Beteiligungen). So bildet die „Politik der Öl-Souveränität“ einen markanten Eckpfeiler des

4 Rolf Linkohr spricht in diesem Zusammenhang von einer etablierten „Kultur der Armenspeisung“ (Linkohr 2006: 107). Das Argument ausbauend könnte man schlussfolgern, dass dieser Prozess einen Gewöhnungseffekt nach sich zieht, der – neben den aus der Rentenstaatsdiskussion bekannten gesellschaftlichen Verwerfungen – auch als Blockade für eine gesellschaftlich getragene Klimawende interpretiert werden kann.

unter Chavez vorangetriebenen Umbaus von Staat und Gesellschaft, der andererseits auch die gesellschaftliche und politische Bedeutung des Erdöls untermauert und mittelfristig gegen jedes (etwa auch: klimapolitisch motiviertes) Bedenken immunisiert (ausführlicher zur PdVSA und der Transformation in Venezuela Álvarez 2013). Es ist in diesem Sinne, dass sich die von Kristina Dietz gebotene griffige Definition des Neo-Extraktivismus als Analyseperspektive auf

„Entwicklungswege[...], die auf[der] Produktion, Ausbeutung und dem Export von Rohstoffen und Naturelementen basieren und mit denen das Ziel verfolgt wird, über erhöhte Exporteinnahmen Armut und soziale Ungleichheiten zu reduzieren“ (Dietz 2013: 511)

eben auch, wie sie selbst betont, als *Kritik* verstehen lässt. In einem solchen Sinne bietet der Begriff mannigfaltige Anknüpfungspunkte für eine Kritik billigend in Kauf genommener ökologischer Schäden und Langzeitfolgen. Insbesondere die nicht reflektierte „Externalisierung der [...] ökologischen Kosten“ dieser Wirtschaftsform (ebd.: 215) sowie das zugrunde liegende Verständnis von Natur als „auszubeutender Ressource“ springen ins Auge.

Erdöl steht nach wie vor unbestritten im Zentrum der Wirtschaft Venezuelas. Mit geschätzten 300 Mrd. Barrel Erdöl besitzt Venezuela die weltweit größten Reserven, gefolgt von Saudi-Arabien mit 266 Mrd. Barrel und dem Iran mit etwa 157 Mrd. Barrel; Venezuelas Anteil entspricht einem reichlichen Fünftel der globalen Ölreserven, hinzu kommen noch ca. 3 % der globalen Erdgasreserven (OPEC 2013: 22). Nach Angaben der Internationalen Energieagentur wurden 2013 im Schnitt etwa 2,5 Mio. Barrel Öl pro Tag (b/d) gefördert (vgl. IEA 2014). Dies entspricht einem Rückgang gegenüber den Jahren 2005, 2008 und 2009, in denen – zumindest laut offiziellen Angaben – annähernd 3 Mio. b/d gefördert wurden. Etwa 600.000 b/d verbraucht Venezuela dabei selbst, der Rest wird verkauft oder für politische Zwecke zu Sonderkonditionen veräußert oder verschenkt (s.u.). Der Anteil der Einnahmen aus dem Export von Erdöl und Erdgas an den

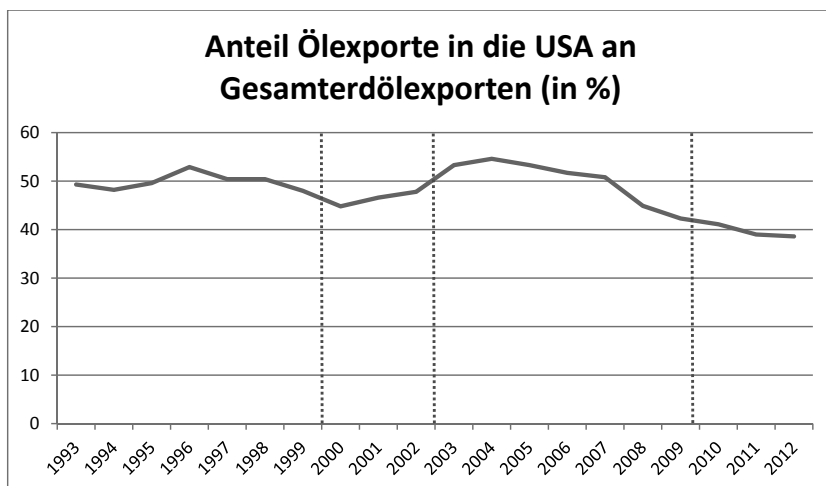
Tab. 1: Wert der Gesamtexporte, Erdölexporte Venezuelas sowie Anteil der Erdölexporte am Gesamtexportaufkommen (2008-2009), Daten nach: OPEC 2013: 15-16

	2008	2009	2010	2011	2012
Exporte allg. (in Mio US\$)	95.021	57.503	65.745	92.602	97.340
Exporte Erdöl (in Mio US\$)	89.034	54.201	62.317	88.131	93.569
Anteil Erdöl (%)	93,7	94,1	94,8	95,2	96,1

Gesamtexporteinnahmen ist dabei binnen zehn Jahren von 86 % (2000) auf 96 % (2009) gestiegen (Mähler u.a. 2011: 3; s. auch Tab. 1).

Zu den traditionellen Importeuren venezolanischen Öls zählten und zählen nach wie vor die USA, auch wenn sich die offiziellen Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinigten Staaten spätestens seit der Unterstützung der damaligen Bush-Administration für den Staatsstreich gegen Hugo Chavez 2002 nicht zuletzt aufgrund der demonstrativen Abwehrgesten Chavez' gegenüber US-amerikanischem Vormachtgebaren abgekühlt haben. Auch das kurze Tauwetter nach dem Amtsantritt Obamas und dem legendären Shake-Hands zwischen Obama und Chavez auf dem Gipfel der Amerikas 2009 hat daran kaum etwas geändert. Überraschenderweise folgen allerdings die Ölexporte Venezuelas in die USA kaum der zugrunde liegenden „politischen Logik“ (vgl. Abb. 1). So steigen die Ölexporte nach dem Amtsantritt von Hugo Chavez an, auch der Putschversuch 2002 ändert daran nichts, ihren Höhepunkt erreicht die Kurve in etwa um den Zeitpunkt, als Hugo Chavez George W. Bush vor der UN-Generalversammlung als den „Teufel“ bezeichnet. Danach fällt der Anteil der Ölexporte in die USA ab, unbeeinflusst vom Amtswechsel im Weißen Haus und der kurzfristigen „Tauwetterperiode“. Somit ist der Diagnose Christian Bonfilis zuzustimmen, dass es sich bei den US-amerikanisch-venezolanischen Beziehungen statt um rein konflikthafte eher um eine „interdependente Rivalität“ (Bonfilio 2010) handelt. Neben

Abb. 1 Anteil der Ölexporte in die Vereinigten Staaten an den Gesamtölexporten Venezuelas, eigene Berechnung basierend auf Daten der U.S. Energy Information Administration (EIA 2013)



politisch-ideologischen (teils auch symbolisch-rhetorischen) Antagonismen existierte und existiert eine Ebene wirtschaftlicher Verflechtung und Austauschbeziehungen, die relativ kontinuierlich und unbeschadet von politischen Animositäten funktionieren. Dass die Trendkurve der Ölexporte in die USA dennoch nach unten zeigt, ist dabei maßgeblich drei Faktoren zuzuschreiben.

Erstens wird seit 2007 China zum bedeutenden Importeur venezolanischen Erdöls (zwischen 300.000 und 600.000 b/d werden für Swap-Geschäfte zur Tilgung von Krediten im Umfang von 41 Mrd. US\$ nach China geliefert) und dies bei abnehmender Gesamtfördermenge. 2012 hat Venezuela so offiziellen Zahlen zufolge mehr Erdöl dorthin als nach Nordamerika exportiert (OPEC 2013: 47). Zweitens hat Venezuela seit Mitte der 2000er Jahre ca. 300.000 b/d zu Vorzugsbedingungen an Mitgliedsstaaten des Kooperationsverbunds *PetroCaribe* geliefert und so versucht, seinen regionalen Einfluss zu stärken (vgl. Pascal 2009: 535; Clem & Maingot 2011). Drittens stellt die venezolanische „Diversifizierungsstrategie“ kein drängendes Problem mehr für die Vereinigten Staaten dar, in denen sich in den vergangenen Jahren eine (umweltpolitisch zweifelsohne bedenkliche) „Ölrevolution“ ereignet hat. So stieg die heimische US-amerikanische Erdölförderung zwischen 2008 und 2013 um etwa 50 % an, maßgeblich durch sog. neue Technologien wie *Fracking* und *Horizontal Drilling* (Blackwill & O’Sullivan 2014).

Charakteristisch für die Erdölförderung Venezuelas in den letzten Jahren ist dabei eine schleichende Abnahme der Fördermenge (s. Tab. 2), die aber zuallererst ausbleibenden Investitionen in die Infrastruktur (Förderkapazitäten und Verfeinerungsanlagen) geschuldet sein dürfte (Watkins 2009). Laut OPEC-Angaben (OPEC – *Organization of the Petroleum Exporting Countries*) ist Venezuela damit das einzige Land neben Nigeria, das seine Erdölproduktion zwischen 2000 und 2012 nicht gesteigert hat (OPEC 2013: 27).

Tab. 2 Erdölproduktion Venezuela/Jahr sowie Export von Rohöl und Petroleumprodukten/Jahr; Daten nach: OPEC 2013: 29, 55, sowie OPEC 2014: 61 (*)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013*
Produktion (1.000 b/d)	2.956	2.878	2.854	2.881	2.804	2.786
Export (1.000 b/d)	2.681	2.564	2.313	2.339	2.340	./.

Dass insgesamt abnehmende (nach Expertinnenschätzungen drastischer als dies die offiziell publizierten Zahlen kundtun) Fördermengen kein Zeichen einer energie- oder klimapolitischen Neuausrichtung sind oder gar Anlass zu Klima-Optimismus geben, wird anhand der jüngsten Diskussion um

die Erschließung neuer Ölvorkommen im Orinoco-Gebiet deutlich. Im Gegenteil, die notwendige partielle Wiederannäherung an und Öffnung für ausländische Investoren (Goldwyn 2013) und insbesondere die Einbindung Chinas in die technologisch komplexe, klimapolitisch desaströse Erschließung des Schweröls und die Ausbeutung der Ölsande versprechen nichts Positives im Hinblick auf eine Klimawende (Wykes 2012). Die öffentlich demonstrativ zur Schau gestellte „Orinoco-Euphorie“ bezieht sich dabei allein auf projektierte Einnahmemöglichkeiten. Der „Plan Siembra Petrolera“ sah denn auch lediglich umfangreiche Investitionen in die Zertifizierung von Reserven, die Entwicklung neuer Förderkapazitäten und den Ausbau von Raffineriekapazitäten vor (bis 2030 ca. 56 Mrd. US\$, vgl. Pascal 2009: 542). Dafür, so der damalige PdVSA-Vorstand für Erkundungsfragen, Eulogio del Pino, gehe man von einem zukünftigen zusätzlichen Fördervolumen von etwa 3 Mio. b/d über die nächsten zehn Jahre aus (Watkins 2009).

Im Umkehrschluss bedeutete ein solcher Anstieg der Förderung eine Verdreifachung des Ausstoßes von Treibhausgasen allein durch die Förderung (Wykes 2012)! Stellt man zudem in Rechnung, dass nach Schätzungen der internationalen Energieagentur IEA nicht mehr als ein Drittel der Reserven an fossilen Energieträgern bis 2050 konsumiert werden dürfte, um das 2-Grad-Ziel nicht zu verfehlen (Edwards 2013), dann wird die immense Bedeutung der Förderung und des Exports der Ölreserven aus dem Orinoco-Gebiet deutlich. Es sieht derzeit alles nach einem „neuen venezolanischen Ölboom“ aus; kaum etwas spricht für eine Klimawende in und unter Mithilfe von Venezuela.

Klima- und Umweltpolitik auf venezolanische Art und die Idee des „buen vivir“

Klima- und Energiewende nehmen in der ersten Jahreshälfte 2014 mitnichten einen prominenten Platz in der innergesellschaftlichen Debatte in Venezuela ein. Vielmehr haben wirtschaftliche Krisenprozesse (steigende Inflation, Stromausfälle, Engpässe bei Grundversorgungsmitteln), eine grassierende Kriminalitätsrate sowie die seitens der Regierung Maduro proklamierte Kriegsführung gegen die so benannte „parasitäre Bourgeoisie“ zu den bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Caracas und anderswo im Land beigetragen. Einheimische Beobachterinnen stellen fest, dass die Rückkehr zu einer „Politik der Straße“ maßgeblich auch von *indignados* (empörten Bürgerinnen) forciert wurde und nicht allein das Produkt eines „Vandalismus der venezolanischen Rechten“ ist, wie Ecuadors Präsident Correa im März dieses Jahres unterstellte (Haule & Neuber 2014). So wird auch intern, und gerade

auch im chavistischen Lager, mehr und mehr kritisiert, dass die Regierung Maduro nicht „mit den Kräften der Opposition in Dialog [trete], die nach den Wahlergebnissen von April 2013 immerhin 49 Prozent der Bevölkerung repräsentieren“ (López Maya 2014). Festzuhalten ist: Menschen sterben bei Protesten und Gewaltausbrüchen in Folge von Demonstrationen auf Venezuelas Straßen – 40 sind es nach letzten Schätzungen – und um die Frage des Klimawandels kümmert sich derzeit verständlicherweise kaum jemand.

Aber auch vor den Unruhen und noch zu Lebzeiten von Chavez war „Klimawandel“ – zumindest in seinen Bezügen zur heimischen Wirtschaft und deren Organisation um den Abbau und Export fossiler Energieträger herum – kaum ein Thema. Als abstraktes Gefährdungsszenario sind globale Erwärmung und Klimawandel durchaus in der Gesellschaft präsent. So fand eine repräsentative Umfrage zur Wahrnehmung von globalen Gefährdungen im Jahr 2011 heraus, dass in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern „Klimawandel“ als mit Abstand größte Gefahr eingestuft wurde, weit vor nordkoreanischen oder iranischen Nuklearwaffen, US-amerikanischem Vormachtstreben oder der Instabilität des globalen Finanzsystems (Pew 2011). Venezuela bildete in diesem Zusammenhang keine Ausnahme: Immerhin 53 % der Befragten gaben an, im „globalen Klimawandel“ großes Gefahrenpotenzial zu sehen, aber nur 35 % in Finanzkrisen und US-Hegemonie (ebd.).⁵ Allein: Belege für einen Klima-Aktivismus oder auch nur eine kritische Diskussion des Beitrags etwa venezolanischer Ölförderung oder Benzinkonsums zum drohenden Klimakollaps lassen sich nicht finden. Ähnliches gilt offenbar auch für andere ressourcenreiche südamerikanische Länder. Wie Gudynas ausführt, blockiert das Vorhandensein einer konventionellen Entwicklungsstrategie, die zentral auf fossilem Ressourcenreichtum, dessen Erschließung und Verteilung aufbaut, im Tandem mit der global steigenden Nachfrage nach eben diesen Ressourcen die Entstehung nennenswerter politischer Aktivitäten im Klimaschutzbereich (Gudynas 2009a: 39). Warum die Natur nicht untertan machen, wenn dies möglich ist und gesellschaftlichen Wohlstand mehrt? Warum in eine „Energiewende“ investieren, wenn die Ausbeutung konventioneller Energieressourcen mittelfristig höchst profitabel ist?

Andererseits verweisen die gesellschaftlichen und politischen Debatten in Bolivien und Ecuador auf den Umstand, dass zumindest auf deklarativer

5 Dem entsprechen die Ergebnisse älterer Gallup-Umfragen, die im Zeitraum 2007/08 bis 2010 einen markanten Anstieg der wahrgenommenen Bedrohung durch den „globalen Klimawandel“ ausmachten: Diesen Umfragen zufolge stieg der Prozentsatz der Venezolanerinnen, die den Klimawandel als starke Bedrohung ansahen, binnen dreier Jahre von 62 auf 80 % (Gallup 2011).

und verfassungspolitischer Ebene die Erhaltung der Natur und der Schutz der Umwelt auch unter der Bedingung von Rohstoffreichtum eine wesentlich prominentere Rolle einnehmen kann. Hier sind in der letzten Dekade unter dem Begriff des *buen vivir* (*sumak kawsay* auf quechua bzw. *runa simi, suma qamaña* auf aymara), des „guten Lebens“, weltanschauliche Überlegungen verschiedener indigener Völker zu Prominenz gelangt (Acosta 2013a; Bretón u.a. 2014; Gudynas 2011a), die im Kern auf ein Zusammenleben in Vielfalt und insbesondere in Harmonie mit der Natur gerichtet sind. Gudynas (2011a: 411) weist auf die intrinsische Verknüpfung von „Lebensqualität“ und einem dezidiert am Ziel der Erhaltung orientierten Naturbezug hin. Auch wenn in Ecuador die Rechte der Natur mittlerweile Verfassungsrang besitzen (Natur somit den Status eines Rechtssubjekts erhält und damit enorm aufgewertet wird), während Bolivien 2010 lediglich ein Gesetz über die „Rechte der Natur“ verabschiedet hat und sich im Verfassungstext ansonsten nur Hinweise zur Schutzwürdigkeit der Umwelt als *Menschenrecht* finden: Beide Arten, „gutes Leben“ zu definieren, weisen an zentraler Stelle Natur und Umwelt einen hohen Stellenwert und besondere Schutzwürdigkeit zu (Gudynas 2009b; Acosta u.a. 2010: 60; Schilling-Vacaflor 2010: 3). Darauf aufbauend lässt sich, wenigstens abstrakt, schlussfolgern, dass *buen vivir* die Zerstörung von Natur – etwa in Folge von Extraktion fossiler Ressourcen oder aber deren klimaschädlicher Konsumption – nicht nur als menschlicher Lebensgrundlage, sondern als schutzwürdiger Entität an sich ablehnt. Wiederum Gudynas bemerkt dazu:

„Buen vivir bedeutet die Abkehr von der Vorherrschaft instrumenteller und manipulativer Rationalität. Es weist den modernen Standpunkt zurück, dass alles dominiert und kontrolliert werden sollte, seien es Personen oder die Natur, um zu einem Mittel zur Erreichung anderer Ziele zu werden“ (Gudynas 2011a: 445).

In diesem Sinne sprach sich Ecuadors Präsident Correa auf der Klimakonferenz in Cancún 2010 für eine Initiative unter dem Titel „Verhinderte Emissionen“ (*Net Avoided Emissions*) aus, mit deren Hilfe ein genereller Kompensationsmechanismus für Entwicklungsländer geschaffen werden sollte, der es diesen ermöglicht, Ressourcen nicht zu fördern, die klimaschädliche Treibhausgase generieren (zu diesem sog. Yasuní-Projekt vgl. u.a. Acosta 2013b). Auch wenn die Realisierungschancen für solche Initiativen denkbar ungünstig scheinen und sich *buen vivir* in der Regel als ein „hehres Verfassungskonzept“ erweist, das auf harte ressourcenpolitische Praktiken trifft (vgl. Schilling-Vacaflor 2010: 1), zeigt die ecuadorianische Debatte, in welche Richtung sich eine Umsetzung der ursprünglichen Idee vom „guten Leben“ bewegen müsste. Andererseits, wie Svampa bemerkt, deutet es auch

die immensen Schwierigkeiten an, das Konzept angesichts des herrschenden Extraktivismus in konkrete öffentliche Politiken zu übersetzen (Svampa 2013: 86; vgl. auch Mejido Costoya 2013: 216). Dieses Verständnis von *buen vivir* kontrastiert grundlegend mit dem sporadisch auch in Venezuela anzutreffenden Gebrauch des Konzepts.

In Venezuela hingegen wird „gutes Leben“ als eine Mischung aus sozialpolitischen Anstrengungen und Armutsbekämpfungsmaßnahmen verstanden, die unter billiger Inkaufnahme der kurz-, mittel- und langfristigen Folgen von Erdölförderung und -nutzung vorangetrieben wird. Da die Ausbeutung und der Export von fossilen Ressourcen gerade die materielle Basis für die staatliche Umverteilungs- und Sozialpolitik bilden, spielen lokale Umweltfolgen nur eine begrenzte, die globalen Folgen erdölgetriebener Entwicklung so gut wie keine Rolle in der öffentlichen Debatte. Dass der Umbau des Energiesystems klimaschützende Wirkung besitzt und mit einem umfassenden Begriff von *buen vivir* korrespondiert, also nicht allein einen Beitrag zur Einsparung von Energiereserven leistet, wird kaum thematisiert. Dies lässt sich exemplarisch an der Rahmung des Wohnungsbauprojektes *La Gran Misión Vivienda Venezuela* durch das Wohnungsbauministerium aufzeigen. In der offiziellen Darstellung des Ende 2013 fertiggestellten Projektes heißt es diesbezüglich: „La Gran Misión Vivienda Venezuela garantiert das ‘gute Leben’ des Venezolaners“ (*La Gran Misión Vivienda Venezuela garantiza el Buen Vivir del venezolano*), weil es Familien gute Lebensbedingungen gewährleiste (MVH 2013). Dass *buen vivir* im venezolanischen Kontext eine Idee darstellt, die sich wenig auf den Erhalt von Natur bezieht, mag andererseits überraschen, schließlich war Venezuela im lateinamerikanischen Kontext einst umweltpolitischer Vorreiter, indem es das erste eigenständige Umweltministerium schuf (Muno 2002: 46). Und auch die venezolanische Verfassung von 1999 ist keineswegs frei von Bezügen zum Umweltschutz. So ist Kapitel IX (Art. 127-129) den sog. „Umweltrechten“ gewidmet. Auffällig ist dabei allerdings, dass die entsprechenden Passagen und dort enthaltenen Gebote an Staat und Gesellschaft sehr vage formuliert sind und auch keine klimapolitische Spezifizierung erhalten haben. So enthält Art. 127 zwar einen Hinweis auf die generelle staatliche Pflicht der Bereitstellung einer Umwelt frei von Verschmutzung und auf die spezielle Schutzwürdigkeit von Luft, Wasser, Boden, Küsten, Ozonschicht und Arten. Durchsucht man den Verfassungstext aber nach Hinweisen auf dort postulierte Vorstellungen von einem „guten Leben“, so tauchen nur sporadisch Verweise auf „Lebensqualität“ und „würdiges Leben“ mit Bezug zu soziokulturellen Lebensbedingungen auf (u.a. Art. 83, 100, 110); dezidierte Umwelt- und Naturbezüge fehlen in diesem Zusammenhang.

Während sich die weiterführende Umweltschutzgesetzgebung auf forstliches Management, die Erhaltung von (zumeist landwirtschaftlichen) Ökosystemen und den Umgang mit Gift- und Gefahrstoffen richtet, sind es vor allem die jüngeren Nationalen Entwicklungspläne (2007-2012, 2013-2019), in denen sich Hinweise auf klimabezogene Aktivitäten und Ambitionen vermuten lassen. In der Tat findet sich im Entwicklungsplan für den Zeitraum 2013-2019 (verabschiedet am 6. 12. 2013) ein bemerkenswerter letzter Abschnitt, der auf Maßnahmen gerichtet ist, mit dessen Hilfe die Erhaltung der Lebensgrundlagen durch ein öko-sozialistisches Entwicklungsmodell sichergestellt werden soll. Wie Thomas Ponniah (2012) bemerkt, ergeben sich allerdings aus der Lektüre des gesamten Entwicklungsplans Widersprüche: ein weiteres Vorantreiben der Industrialisierung, die Verdopplung der Erdölproduktion und die Ankurbelung der Autoindustrie stehen neben den Forderungen nach der Etablierung eines „harmonischen Nebeneinanders von Mensch und Natur“ und der „Bewahrung natürlicher Prozesse und Abläufe“.

Auch wenn der Plan so als fünftes historisches Ziel die Aufforderung enthält, eine weltweite Bewegung zur Beseitigung der Ursachen und zur Abwehr der Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen (NEP 2012), so deuten Tonalität und Schwerpunktsetzung doch an, dass man das eigene rohstoffgetriebene Wachstumsmodell nicht als mit ursächlich für den drohenden Klimakollaps ansieht. Sichtbar wird jedoch der Versuch, die Verursachungsstrukturen zu externalisieren („das zerstörerische kapitalistische Modell“), ohne einen möglichen *eigenen* Beitrag qua Ressourcenextraktion und -export zu thematisieren und die Mitarbeit bei der Überwindung primär extern verursachten Klimawandels zu spezifizieren. Am konkretesten liest sich dabei noch der Hinweis, die „Transformation der nicht nachhaltigen Produktions- und Konsumptionsmodelle“ unterstützen zu wollen (ebd.). Wie genau aber ein spezifisch venezolanischer Beitrag aussehen könnte, wird nicht ausgeführt. Die angelagerten Punkte 5.4.1. und 5.4.2. fordern lediglich, dass die Klimarahmenkonvention respektiert und gestärkt werden solle, nicht allerdings der Emissionshandel. Klimagerechtigkeit bedeute, die „historischen Verantwortlichkeiten der Industrieländer“ nicht aus den Augen zu verlieren sowie deren „unverantwortliche Nichteinhaltung der Klimaschutzverpflichtungen“ zu ahnden. Für Venezuela selbst gelte es, einen freiwilligen Nationalen Anpassungsplan zu entwerfen, ohne dass konkrete Maßnahmen genannt werden.

Umwelt- und Klimapolitik auf venezolanische Art und Weise ist im Kern auf ambitionierte innerstaatliche Sozial- und Wohlfahrtsprogramme, auf Machtabstärkung und Legitimation ausgerichtete Aneignung der Natur, die einen substantiellen sozioökonomischen Umbau im Sinne einer

wirkungsvollen Klimapolitik blockiert (vgl. Gudynas 2009a: 36). Wenigstens indirekt zementiert diese Politik fossilistische Energiestrukturen im regionalen wie globalen Maßstab, wobei sicherlich kritisch zu hinterfragen ist, welchen klimapolitischen und ökonomischen Handlungsspielraum eine Regierung besitzt, die einerseits über die größten weltweiten Erdölvorräte verfügt, und sich andererseits mit einem Szenario zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung, grassierender Gewaltkriminalität und wirtschaftlicher Rezession konfrontiert sieht. Insofern verdeutlicht der Fall Venezuela – jenseits billiger Regierungsschelte – eher, welche Blockaden sich auch und gerade in rohstoffreichen Ländern des globalen Südens für eine Klimawende ergeben, selbst wenn sie von explizit kapitalismus- und globalisierungskritischen Regierungen geführt werden.

Venezuelas Positionierung(en) zum Klimawandel: Entwicklungs-Extraktivismus als Problem?

Angesichts dieser Überlegungen sollte die Möglichkeit nicht geringgeschätzt werden, dass über extraktives Wirtschaften Mittel zu generieren wären, die den Übergang in ein mögliches Zeitalter „nach dem Öl“ und damit „post-extraktivistische“ Formen des Wirtschaftens ermöglichen. Es stellt sich folglich immer die Frage nach dem politischen (und gesellschaftlichen) Willen zu solchen Transformationsanstrengungen.

Auf internationalem Parkett und insbesondere im Rahmen von Klimaschutzverhandlungen hatte Chávez vornehmlich eine Opferrolle für Venezuela reklamiert. Dies entsprach einer laut Gudynas in ganz Südamerika anzutreffenden Haltung, der zufolge die industrialisierten kapitalistischen Staaten des Nordens bzw. Westens für die Problematik des Klimawandels ursächlich verantwortlich seien (Gudynas 2009a: 37). Ein markantes Beispiel für diese Haltung ist die berühmte 15-minütige Anklagerede Chávez' im Rahmen des Kopenhagener Klimagipfels 2009, in der er zunächst eine „imperiale Diktatur“ und den „Kapitalismus“ als solchen als Hauptursachen für die Klimazerstörung geißelte und die offizielle Position der venezolanischen Regierung mit dem Slogan „Lass uns nicht das Klima ändern, sondern das System!“ umschrieb (RTCC 2013; eig. Übers.). Auf eine Polemik gegen die massiven Bankenrettungspläne westlicher Staaten bei gleichzeitig nur mageren materiellen Zuwendungen zum Erreichen der Klimaschutzziele folgte dann klar und deutlich formuliert das Prinzip unterschiedlicher Verantwortung (ohne dass eine etwaige geteilte Verantwortung, die im Konzept der *differentiated but shared responsibilities* der UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel mitschwingt, berücksichtigt worden wäre).

Der Westen trage überdies ebenso die maßgebliche Verantwortung für nicht minder gravierende Probleme der Menschheit, die *neben* dem Klimawandel bestünden: wachsende Ungleichheit, Ungleichverteilung, Armut und armutsbedingte Verelendung (vgl. ebd.). Daraus lässt sich ohne großes interpretatorisches Zutun ablesen, dass der „Klimawandel“ als solcher offenkundig nicht die politische Agenda der Regierung Chávez dominierte. Auch Präsident Maduro folgt wie in allem komplett der Linie seines Vorgängers und sprach auf dem Klimagipfel in New York im September 2014 nur von der Verantwortung der reichen Länder (vgl. Universal 2014). Die Bemühungen seitens Venezuelas, die jährlich stattfindende *Conference of the Parties of the United Nations Framework Convention on Climate Change* im Jahr 2014 auszutragen, war daher eher dem zu erwartenden diplomatischen Prestige denn echtem Interesse an Klimapolitik geschuldet. Letztlich wird die Konferenz nun in Lima stattfinden, Venezuela veranstaltet im November 2014 die Vorbereitungskonferenz. Es zeichnet sich dabei an keiner Stelle ab, dass eine Änderung der venezolanischen Position eintreten wird. Diese Positionierung – Klimawandel als im Kern durch kapitalistische Strukturen und Staaten verursachtes Problem, bei gleichzeitiger vorangetriebener Erschließung und geplanter Ausbeutung des Schweröls im Orinoco-Gebiet – ist folgerichtig von Beobachterinnen als schizophren beschrieben worden (Edwards 2013).

In markantem Gegensatz zum ressourcenreichen Ecuador ist von offizieller venezolanischer Seite nie Unterstützung für eine Initiative zur Besteuerung von Erdölexporten laut geworden. Dieses mittlerweile als *Daly-Correa-Tax* bekannt gewordene Projekt, das auf eine 2001 vom Ökonomen Herman Daly im OPEC-Kontext gehaltene und damals wenig beachtete Rede (Daly 2012) zurückgeht, wurde seit 2007 vom Präsidenten Ecuadors in mehreren institutionellen Kontexten wieder aufgegriffen und popularisiert. Im Kern umfasst es die Überlegung, vermittels einer 3-5-prozentigen Steuer auf alle Erdölexporte in Industrieländer einen Fonds zu schaffen, über den im Nachgang regenerative Energien in Entwicklungsländern gefördert werden sollen.⁶

Anstatt also über Emissionsmengen zu regulieren, würde es sich hier um ein Instrument handeln, das Transformationsanstrengungen in ressourcenreichen, vom Export dieser Ressourcen abhängigen Staaten attraktiver macht, da die Mittel für eine Klima- und Energiewende über den Preis an die Ölimporteure weitergegeben werden würde. Wie beschrieben, hat sich der ecuadorianische Präsident Correa mehrfach für ein solches Modell stark

6 Expertinnen gehen davon aus, dass sich auf diesem Wege ein jährliches Finanzierungsvolumen von 40-60 Mrd. US\$ für einen Grünen Klimafonds generieren ließen (vgl. Vidal 2012).

gemacht⁷, zuletzt etwa auf einem Gipfeltreffen der arabischen und südamerikanischen Staaten in Peru im Oktober 2012 und im April 2013 auf einem Treffen der Klima-Chefunterhändler der GRULAC (Gruppe der lateinamerikanischen und karibischen Staaten) in Guayaquil. Ebenso wie diese Initiativen auf OPEC-Treffen regelmäßig versanden, lässt eine Fürsprache Venezuelas für solcherart Versuche, Klimawende und Ressourcenförderung zu kombinieren, auf sich warten.

Eine abstrakte klimapolitische Notwendigkeit für mehr Aktivismus lässt sich dabei maßgeblich mit Blick auf die Förderung und den Export der gigantischen Erdölreserven ableiten. Die besondere Klimarelevanz dürfte bei Venezuela weniger im heimischen Verbrauch fossiler Rohstoffe liegen, als gerade in der prospektiven Förderung und Aufbereitung der Ölsande (man berechne die Emissionsmenge anhand des Richtwertes von knapp 80 Kilogramm Emissionen pro Kilo Schweröl!) bzw. dem Export dieser Rohstoffe und nachfolgender Konsumption andernorts.

Dass in der öffentlichen Meinung eine diffuse Bedrohungswahrnehmung hinsichtlich des „globalen Klimawandels“ herrscht, ist oben schon angedeutet worden. Diese wird auch punktuell durch Kommentare öffentlicher Stellen angesichts ungewöhnlicher Wetterphänomene und örtlicher Katastrophen wie sintflutartigen Regenfällen und nachfolgenden Überschwemmungen genährt, die diese mitunter in Verbindung zum Klimawandel als solchen setzen (Gallup 2011). So wird die Umweltbeauftragte von Caracas, Nicola Veronico, im Sommer 2013 mit den Worten zitiert, die kurzen und heftigen Regen, die zu einer Überflutung des Guaire geführt hätten, seien andersartig als die historisch überlieferten, lang andauernden, aber weniger intensiven Regenfälle und stünden daher „ohne Zweifel“ im Zusammenhang mit dem Klimawandel (Marquez 2013). Diese Bedrohungswahrnehmung hat aber nicht zur Herausbildung einer breiten, gesellschaftlich getragenen Klimaschutzbewegung beigetragen.

Zwar gibt es einige NGOs wie etwa das ARA-Netzwerk, ein Zusammenschluss von 20 Umweltschutzorganisationen, der neben der Mitarbeit an einer kritischen Einschätzung zur Ölförderung im Orinoco-Gebiet (Wykes 2012) kürzlich auch eine erste Bestandsaufnahme der Umweltprobleme in Venezuela vorgelegt hat. Auch *EcoNatura*, eine Vereinigung zur Umwelt-erziehung, findet punktuell Erwähnung (Marquez 2011). Es lässt sich aber

7 Wiewohl einigermaßen kontrovers ist, ob es sich bei dieser wiederholten Thematisierung um eine ernsthaft verfolgte politische Absicht, eine auch innenpolitisch nicht unumstrittene Idee oder generell eher um Symbolpolitik handelt. Vgl. dazu auch die parallel dazu verlaufende innenpolitische Kontroverse um die (Nicht-)Erdölförderung im Yasuni-Nationalpark, bei der die Regierung Correa allerdings nach außen geeint auftrat (Omann 2013).

hier allenfalls von kleinen, begrenzten interessierten Teilöffentlichkeiten sprechen. Staatliche Initiativen hingegen wie die etwa 2.500 Naturschutzkomitees, in denen nach offiziellen Angaben fast 30.000 Menschen mitwirken (Embassy o.J.), werden kaum klimapolitischen Aktivismus entwickeln, zumal wenn dieser mit dem offiziell verfolgten und gesellschaftlich breit gestützten Extraktivismus kollidiert. Hierin liegt ein wichtiger Unterschied zu Ecuador und Bolivien. Wie Svampa anmerkt, gehen Diskussionen und Konflikte über Umweltschäden im Kontext des Neo-Extraktivismus in diesen Ländern häufig von sozialen und indigenen Bewegungen aus (Svampa 2013). Exemplarisch sei hier wieder auf den Yasuni-Nationalpark verwiesen. Correas Entscheidung, hier nach Erdöl bohren zu lassen, traf auf starken Widerstand von Indigenen und Umweltschutzgruppen. Negative Umweltfolgen des Neo-Extraktivismus wurden so weniger im abstrakteren Kontext einer global orientierten Debatte um Klimawandel kritisiert, vielmehr sehr konkret als lokale Auseinandersetzung erlebt. Im Gegensatz dazu gibt es in Venezuela keine nennenswerten sozialen Gruppen (auch nicht unter indigenen Völkern), die sich entsprechend engagieren. Nicht wenige Beobachterinnen sehen darin einen der Hauptgründe, warum sich *buen vivir* (in seinem Bezug auf holistische Weltbilder und Naturschutz) zwar in Ecuador und Bolivien, nicht aber in Venezuela durchsetzen konnte (vgl. Mähler u.a. 2011: 2, 5f).

Ihre Entsprechung findet dieser gesellschaftliche Mangel an Klimaaktivismus in der eher blutarmen Klimainnenpolitik Venezuelas. Eine seit Jahren angekündigte Kommission zur Koordinierung der Maßnahmen hinsichtlich des Klimawandels (Interagency Commission on Climate Change) existiert nach wie vor nur auf dem Papier, während moderate Aktionsprogramme zur Steigerung der Energieeffizienz bzw. zur Eindämmung klimaschädlicher Effekte eher sporadisch aufgelegt werden. Die Verteilung von Energiesparlampen ist eine solche Aktionsform. So wurden im Rahmen der „Mission Energierevolution“ bis 2008 etwa 80 Mio. solcher Lampen teilweise kostenlos, teilweise subventioniert verteilt (Embassy o.J.). Guy Edwards spricht – Stand März 2013 – von mittlerweile 155 Mio. verteilten Energiesparlampen (Edwards 2013). Es ist allerdings fraglich, ob diese Lampen tatsächlich primär unter Klimaschutzgesichtspunkten verteilt wurden oder nicht eher bei der Überbrückung von Energieengpässen helfen sollten. Dass ausgerechnet die staatliche Ölgesellschaft PdVSA im Jahr 2009 in einem Joint Venture mit der vietnamesischen Firma Dien Quang Lamp JSC die erste venezolanische Fabrik für Energiesparlampen plante, ist von einigen Analysten als Zeichen gedeutet worden, dass nicht unbedingt der Wunsch nach einer nachhaltigen Klimapolitik hier den Ausschlag gegeben hat (Watkins 2009).

Dies wird nicht zuletzt auch an der sporadischen Subvention von alternativen Energieformen wie Wind- und Sonnenenergie deutlich (ausführlicher dazu Massabié 2008). So hat Venezuela zwar nach eigenen Angaben über 800 Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Armeeliegenschaften installiert (Embassy o.J.) und eine knappe halbe Mrd. US\$ in Windkraftanlagen investiert (Edwards 2013); in Relation gesetzt zu den Erdöleinnahmen erscheint dies aber nicht viel. Folgerichtig findet sich im Nationalen Entwicklungsplan für die Jahre 2013-2019 auch nur eine ganz vage Absichtsbekundung – unter Punkt 3.1.13.7. wird die prinzipielle Unterstützung effizienter Energienutzung und alternativer Energiequellen sowie der Willen zu einer stärkeren Nutzung von Windenergie bekundet (NEP 2012), ohne dass ersichtlich wird, bis wann wie viel mit welchem Ziel investiert werden soll. Vergleicht man diese Zurückhaltung mit den dauerhaft hochsubventionierten Benzinpreisen in Venezuela (und den daraus resultierenden Emissionen) – seit Jahren umgerechnet um die 2 US-Cent pro Liter (vgl. OPEC 2013: 90) – dann gewinnt man einen guten Eindruck vom Grad des klimapolitischen Aktivismus, der hinter dem schleppenden Ausbau der Windenergie steht.

Zusammenfassung

Francis Fukuyama schrieb 1992 vom „Ende der Geschichte“, einer hegelianischen Interpretation der Weltgeschichte, in der sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts liberale Demokratie und Marktwirtschaft quasi alternativlos durchsetzen würden (Fukuyama 1992). Die programmatischen Anliegen der Linken in Lateinamerika versprachen eine Alternative, maximal Sozialismus, zumindest aber mehr soziale Gerechtigkeit. Auch der südamerikanische Diskurs um *buen vivir* stellt eine solche Alternative mit deutlichem Bezug zu Natur-, Umwelt- und mittelbar auch Klimaschutzaspekten in Aussicht. In Venezuela hingegen geht es in erster Linie um die materielle Verbesserung der Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten, die durch die Aneignung der Natur (hier: Rohstoffextraktion und -export) gespeist wird. Darauf aufbauend lässt sich als ein Resultat des „neuen Extraktivismus“ die kognitive wie strukturelle Zementierung eines durch fossile Ressourcen getriebenen Entwicklungsmodells erkennen. „Sembrar el petróleo“, die Inwertsetzung des Erdöls auch unter Billigung von massiven Umweltschäden, ist ein hegemoniales Entwicklungskonzept und wird von keinem relevanten Akteur hinterfragt.

Sicherlich entzöge eine abrupte „Klimawende“, mithin eine drastische Abkehr vom derzeitigen fossilistischen System, sowohl den Sozial- und

Wohlfahrtsprogrammen als auch der staatlichen Politik insgesamt kurz- und mittelfristig die materielle und legitimatorische Basis. Jenseits der diskursiven Hegemonie liegen auch strukturelle Einschränkungen vor, die einen Kurswechsel fast unmöglich machen. Insofern wäre jegliche Erwartung umfangreicher Klimaschutzaktivitäten, insbesondere eines dramatischen Rückbaus der Öl- und Gasförderung illusorisch. Die Strukturierung der venezolanischen Ökonomie wie der Gesellschaft um das Erdöl wird durch die in Aussicht gestellte Förderung der Ölvorkommen im Orinoco-Gebiet fortgeschrieben. Impulse, die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft in Richtung eines post-extraktivistischen und damit klimafreundlicheren Umbaus zu investieren sind selten und in ihrer Größenordnung vernachlässigbar. Mittelbar wird damit das Ausbleiben einer „Klimawende“ in Venezuela hingenommen, da durch eine ebensolche das dominierende Modell der kurz- und mittelfristigen Wohlstandsproduktion und -umverteilung in Frage gestellt würde. Der im Rahmen internationaler Klimaverhandlungen seitens des ehemaligen Präsidenten Chavez mehrfach geäußerte Vorwurf, der Klimawandel sei ein Produkt des „Kapitalismus“ und somit seien maßgeblich die westlichen Industriestaaten in der Pflicht, wirkt international wie innergesellschaftlich entlastend. Umwelt-NGOs besitzen nach wie vor einen marginalen Status in der venezolanischen Gesellschaft und beginnen gerade erst, die Verknüpfung der heimischen Erdölförderung mit lokalen Umweltschäden und globalen Klimafragen zu thematisieren.

Bei aller Würdigung ökonomischer Restriktionen, denen jede Regierung eines rohstoffreichen Landes wie Venezuela unterliegt, ebenso wie der jüngeren Erfolge in der Armutsbekämpfung, die durch den „Neo-Extraktivismus“ erzielt wurden, muss im Hinblick auf die globale Problematik des Klimawandels festgestellt werden: Die mittelfristigen Chancen für den Erhalt der Grundlagen für *buen vivir á la Venezuela* sehen nicht rosig aus.

Literatur

- Acosta, Alberto (2011): „Extractivismo y neoextractivismo: Dos caras de la misma maldición“. In: Lang & Mokrani 2011, S. 83-118.
- Acosta, Alberto (2013a): *El Buen Vivir. Sumak Kawsay, una oportunidad para imaginar otros mundos*. Barcelona.
- Acosta, Alberto (2013b): „Die ecuadorianische Yasuní-ITT-Initiative: Perspektiven und Blockaden für eine Politik jenseits des Neo-Extraktivismus“. In: Burchardt u.a. 2013, S. 109-120.
- Acosta, Alberto; Eduardo Gudynas; Esperanza Martinez & Joseph Vogel (2010): „Das Erdöl im Boden lassen oder die Suche nach dem verlorenen Paradies“. In: Feldt, Heidi, & Clarita Müller-Plantenberg (Hg.): *Gesellschaftliche Bündnisse zur Rückgewinnung des Naturbezugs*. Kassel, S. 57-79.

- Altwater, Elmar (2013): „Der unglückselige Rohstoffreichtum. Warum Rohstoffextraktion das gute Leben erschwert“. In: Burchardt u.a. 2013, S. 15-32.
- Álvarez, Víctor (2013): „La transición al socialismo de la Revolución Bolivariana. Transiciones logradas y transiciones pendientes“. In Arze, Carlos; Javier Gómez; Pablo Ospina & Víctor Álvarez (Hg.): *Promesas en su Laberinto. Cambios y Continuidades en los Gobiernos Progresistas de América Latina*. La Paz, S. 277-396.
- Betancourt, Rómulo (2007): *Venezuela, Política y Petróleo*. Caracas (Erstauflage 1956).
- Blackwill, Robert, & Meghan O'Sullivan (2014): „America's Energy Edge. The Geopolitical Consequences of the Shale Revolution“. In: *Foreign Affairs*, März/April, <http://www.foreignaffairs.com/articles/140750/robert-d-blackwill-and-meghan-l-osullivan/americas-energy-edge>, letzter Aufruf: 12. 4. 2014.
- Boeckh, Andreas (1988): „Die Schuldenkrise und die Krise des bürokratischen Entwicklungsstaates in Venezuela“. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 29, Nr. 4, S. 636-655.
- Bonfili, Christian (2010): „The United States and Venezuela: The Social Construction of Interdependent Rivalry“. In: *Security Dialogue*, Bd. 41, Nr. 6, S. 669-690.
- Brand, Ulrich, & Kristina Dietz (2014): „(Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika“. In: Müller, Franziska; Elena Sondermann; Ingrid Wehr; Cord Jakobeit; Aram Ziai (Hg.): *Entwicklungstheorien. Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 48. Baden-Baden, S. 88-125.
- Bretón, Víctor; David Cortez & Fernando García (2014): „En busca del sumac kawsay. Presentación del Dossier“. In: *Íconos. Revista de Ciencias Sociales*, Nr. 48, S. 9-24.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2008): „Venezuelas neue Antworten auf die soziale Frage: Eine Perspektive für Lateinamerika?“. In: *Lateinamerika Analysen*, Nr. 19, S. 31-36.
- Burchardt, Hans-Jürgen, & Kristina Dietz (2013): „Extraktivismus in Lateinamerika – der Versuch einer Fundierung“. In: Burchardt u.a. 2013, S. 181-200.
- Burchardt, Hans-Jürgen; Kristina Dietz & Rainer Öhlschläger (2013) (Hg.): *Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika*. Baden-Baden
- Clem, Ralph, & Anthony Maingot (2011) (Hg.): *Venezuela's Petro-Diplomacy: Hugo Chavez's Foreign Policy*. Gainesville, FL.
- Daly, Herman (2012): *The Daly-Correa Tax: Background and Explanation*, 26. 11. 2012, <http://steadystate.org/the-daly-correa-tax-background-and-explanation>, letzter Aufruf: 7. 1. 2014.
- Dietz, Kristina (2013): „Stichwort: (Neo-)Extraktivismus“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 132, S. 511-513.
- Edwards, Guy (2013): „Death of Hugo Chávez Gives Venezuela a Choice on Climate Change“. In: *The Guardian, Environment Blog*, 7. 3. 2013, <http://www.theguardian.com/environment/blog/2013/mar/07/death-hugo-chavez-venezuela-climate-change>, letzter Aufruf: 21. 11. 2013.
- EIA – U.S. Energy Information Administration (2013): *International Energy Statistics*. <http://www.eia.gov/cfapps/ipdbproject/iedindex3.cfm?tid=90&pid=44&aid=8>, letzter Aufruf: 14. 4. 2014.
- Embassy – Embassy of the Bolivarian Republic of Venezuela (o.J.): *Environment, Energy, Oil and Petrochemicals*. <http://venezuela-us.org/energy-environment-10/>, letzter Aufruf: 15. 1. 2014.
- Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte*. Berlin.
- Galeano, Eduardo (2009): *Die offenen Adern Lateinamerikas*, Wuppertal.
- Gallup (2011): *Fewer Americans, Europeans View Global Warming as a Threat*. Gallup Poll, 20. 4. 2011, <http://www.gallup.com/poll/147203/Fewer-Americans-Europeans-View-Global-Warming-Threat.aspx>, letzter Aufruf: 7. 1. 2014.
- Goldwyn, David L. (2013): *The Impact of the Tight Oil and Gas Boom on Latin America and the Caribbean: Opportunities for Cooperation*. Redebeitrag im Rahmen der Anhörung „Energy Opportunities in Latin America and the Caribbean“ im Unterausschuss Westliche Hemisphäre, US-Repräsentantenhaus, Washington, D.C., 11. 4. 2013, <http://docs.house.gov/>

- meetings/FA/FA07/20130411/100622/HHRG-113-FA07-Wstate-GoldwynD-20130411.pdf, letzter Aufruf: 14. 4. 2014.
- Gudynas, Eduardo (2009a): „Climate Change and Capitalism's Ecological Fix in Latin America“. In: *Critical Currents*, Nr. 6, S. 36-41.
- Gudynas, Eduardo (2009b): „La ecología política del giro biocéntrico en la nueva Constitución de Ecuador“. In: *Revista de Estudios Sociales*, Nr. 32, S. 34-47.
- Gudynas, Eduardo (2011a): „Buen Vivir: Today's Tomorrow“. In: *Development*, Bd. 54, Nr. 4, S. 441-447.
- Gudynas, Eduardo (2011b): „Die Linke und die Ausbeutung der Natur“. In: *Luxemburg*, Nr. 1, S. 114-123.
- Gudynas, Eduardo (2011c): „Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen“. In: *kurswechsel*, Nr. 3, S. 69-80.
- Gudynas, Eduardo (2012): „Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika“. In: FDCL & RLS (Hg.): *Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin, S. 46-65.
- Gudynas, Eduardo (2013): „Die neue alte Entwicklungsstrategie Lateinamerikas: Der Extraktivismus und seine Folgen“. In: Burchardt u.a. 2013, S. 33-46.
- Hammond, John L. (2011): „The Resource Curse and Oil Revenues in Angola and Venezuela“. In: *Science & Society*, Bd. 75, Nr. 3, S. 348-378.
- Hauke, Eva, & Harald Neuber (2014): *Unasur debattiert rechte Gewalt in Venezuela*, 8. 3. 2014, <https://amerika21.de/2014/03/98372/erneut-tote-oas-unasur>, letzter Aufruf: 10. 3. 2014.
- IEA – International Energy Agency (2014): *Oil Market Report*. Country Query Venezuela. <http://omrpublic.iea.org/countryresults.asp?country=Venezuela&Submit2=Submit>, letzter Aufruf 21. 4. 2014.
- Kestler, Thomas (2012): „Die venezolanische Demokratie im Spannungsfeld von Rohstoff-Fluch und sozialer Ungleichheit“. In: Muno u.a. 2012, S. 197-228.
- Klein, Naomi (2014): *This Changes Everything: Capitalism vs. The Climate*. New York, NY, u.a.
- Lander, Edgardo (2012): „The State in the Current Processes of Change in Latin America: Complementary and Conflicting Transformation Projects in Heterogeneous Societies“. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, Nr. 28, S. 74-94.
- Lang, Miriam, & Dunia Mokrani (2011) (Hg.): *Más Allá del Desarrollo*, Quito.
- Linkohr, Rolf (2006): „Lateinamerikas Energiepolitik zwischen Staat und Markt“. In: *Internationale Politik & Gesellschaft*, Nr. 4, S. 105-119.
- López Maya, Margarita (2014): *Proteste in Venezuela*. http://www.fes.de/lateinamerika/in_la/interview/2014_03_Venezuela.htm, letzter Aufruf: 1. 5. 2014.
- Mähler, Annegret; Gabriele Neußer & Almut Schilling-Vacaflor (2011): *Schwarzes Gold und grüne Ambitionen: Ressourcenpolitik in den Andenländern*. GIGA-Focus, Nr. 5, Hamburg.
- Marquez, Humberto (2011): „Climate: Biodiverse Venezuela Flunking Basic Conservation“. In: *IPS/Global Information Network*, 13. 6. 2011.
- Marquez, Humberto (2013): „Flood Risks in Venezuela Increased by 'New Rains' Linked to Climate Change“. In: *Inter Press Service Online*, <http://www.ipsnews.net/2013/06/flood-risks-in-venezuela-increased-by-new-rains-linked-to-climate-change/>, letzter Aufruf: 21. 11. 2013.
- Massabié, Germán (2008): *Venezuela: A Petro-State Using Renewable Energies*. Wiesbaden.
- Mejido Costoya, Manuel (2013): „Latin American Post-Neoliberal Development Thinking: The Bolivian Turn Toward Suma Qamaña“. In: *European Journal of Development Research*, Bd. 25, Nr. 2, S. 213-229.
- Muno, Wolfgang (2002): *Umweltpolitik und Neoliberalismus in Lateinamerika*. Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 5, 15. 3. 2002.

- Muno, Wolfgang (2005): „Öl und Demokratie – Venezuela im 20. Jahrhundert“. In: Diehl, Oliver, & Wolfgang Muno (Hg.): *Venezuela in der Ära Chávez – Aufbruch oder Niedergang?* Frankfurt a.M., S. 11-34.
- Muno, Wolfgang (2012): „Politische Regime und soziale Entwicklung in Lateinamerika“. In: Muno u.a. 2012, S. 45-64.
- Muno, Wolfgang (i.E.): „Neue Formen regionaler Integration in Lateinamerika: ALBA, UNASUR und CELAC“. In: Grimmel, Andreas, & Cord Jakobeit (Hg.): *Regionale Integration*. Baden-Baden.
- Muno, Wolfgang; Hans-Joachim Lauth & Thomas Kestler (2012) (Hg.): *Demokratie und soziale Entwicklung in Lateinamerika*. Baden-Baden.
- MVH – Ministerio del Poder Popular para Vivienda y Hábitat (2013): *La Gran Misión Vivienda Venezuela garantiza el Buen Vivir del venezolano*, Online-Pressemeldung, <http://www.mvh.gob.ve/>, letzter Aufruf: 13. 3. 2014.
- NEP – Nationaler Entwicklungsplan (2012): *Proposal of the Candidate of the Homeland, Commander Hugo Chávez, for the Socialist Bolivarian Government, 2013-2019*, 31. 10. 2012, <http://links.org.au/node/3079>, letzter Aufruf: 7. 1. 2014.
- Omann, Christoph (2013): *¿Un paso hacia el post-extractivismo? Eine akteursanalytische Untersuchung der Positionen um die (Nicht-)Förderung des Erdöls im Yasuní Nationalpark in Ecuador*. Magisterarbeit, Universität Wien.
- OPEC – Organization of the Petroleum Exporting Countries (2013): *OPEC Annual Statistical Bulletin 2013*. Wien.
- OPEC – Organization of the Petroleum Exporting Countries (2014): *Monthly Oil Market Report, March 2014*. Wien.
- Pascal, Larry B. (2009): „Developments in the Venezuelan Hydrocarbon Sector“. In: *Law and Business Review of the Americas*, Bd. 15, Nr. 3, S. 531-573.
- Pew Research Center (2011): *Climate Change and Financial Instability Seen as Top Global Threats*, Pew Center Poll, 24. 6. 2013, <http://www.pewglobal.org/files/2013/06/Pew-Research-Center-Global-Attitudes-Project-Global-Threats-Report-FINAL-June-24-20131.pdf>, letzter Aufruf: 7. 1. 2014.
- Ponniah, Thomas (2012): *Ecology and Venezuela: A Program for 21st-Century Socialism*, 12. 12. 2012, <http://rabble.ca/print/columnists/2012/12/ecology-and-venezuela-program-21st-century-socialism>, letzter Aufruf: 7. 1. 2014.
- Presidencia de la República Bolivariana de Venezuela (2007): *Proyecto Nacional Económico y Social Simón Bolívar (2007-2013)*. http://www.cendit.gob.ve/uploaded/pdf/Proyecto_Nacional_Simon_Bolivar.pdf, letzter Aufruf 24. 9. 2014
- Rey, Juan Carlos (1989): *El futuro de la democracia en Venezuela*. Caracas.
- RTCC – Responding to Climate Change (2013): *Venezuela's Hugo Chavez on Climate Change, Speech at the Climate Summit 2009*. <http://www.rtcc.org/2013/03/06/venezuelas-hugo-chavez-on-climate-change/>, letzter Aufruf: 7. 1. 2014.
- Schilling-Vacaflor, Almut (2010): *Die indigenen Völker Lateinamerikas: Zwischen zunehmender Selbstbestimmung und anhaltender Marginalisierung*. GIGA-Focus, Nr. 8, Hamburg.
- Schmalz, Stefan (2013): „Neo-Extraktivismus in Lateinamerika?“ In: Burchardt u.a. 2013, S. 47-60.
- Stefanoni, Pablo (2012): „Was steckt hinter den Modellen von Venezuela, Bolivien und Ecuador?“ In: *Nueva Sociedad*, Juni, S. 19-35.
- Svampa, Maristella (2011): „Extractivismo neodesarrollista y movimientos sociales. ¿Un giro ecoterritorial hacia nuevas alternativas?“ In: Lang & Mokrani 2011, S. 185-218.
- Svampa, Maristella (2012a): „Bergbau und Neo-Extraktivismus in Lateinamerika“. In: FDCL & RLS (Hg.): *Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin, S. 14-21.

- Svampa, Maristella (2012b): „Resource Extractivism and Alternatives: Latin American Perspectives on Development“. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, Nr. 28, S. 43-73.
- Svampa, Maristella (2013): „Neo-desarrollistischer Extraktivismus und soziale Bewegungen: Eine öko-territoriale Wende in Richtung neuer Alternativen?“ In: Burchardt u.a. 2013, S. 79-92.
- Universal (2014): „Maduro ataca a ‘potencias contaminadoras’ en cumbre de la ONU sobre clima“. In: *El Universal*, 23. 9. 2014, <http://www.eluniversal.com/internacional/140923/maduro-ataca-potencias-contaminadoras-en-cumbre-de-la-onu-sobre-clim>, letzter Aufruf: 22. 9. 2014.
- Vidal, John (2012): „Oil Nations Asked to Consider Carbon Tax on Exports“. In: *The Guardian*, 21. 11. 2012.
- Watkins, Eric (2009): „Low Wattage at PdVSA?“ In: *Oil & Gas Journal*, 14. 12. 2009, S. 31.
- Wykes, Sarah (2012): *The Orinoco Oil Belt – Update*, <http://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2012/10/venezuela-orinoco.pdf>, letzter Aufruf: 10. 1. 2014.

Anschrift der Autoren:

Alexander Brand

alexander.brand@hochschule-rhein-waal.de

Wolfgang Muno

muno@politik.uni-mainz.de



LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

// DIE MONATSZEITSCHRIFT



Probeabo 3 Ausgaben // Für 10 Euro // Endet automatisch

Bestellung Per E-Mail an abo@LN-Berlin.de // Telefonisch 030 694 61 00 // Oder über www.lateinamerika-nachrichten.de

